Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Claudia Stamm

Abg. Thomas Huber

Abg. Dr. Linus Förster

Abg. Karl Freller

Abg. Eva Gottstein

Staatssekretär Johannes Hintersberger

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 25** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Implementierung einer Koordinierungsstelle "Queer" in Bayern (Drs. 17/6817)

Bitte nehmen Sie die Plätze wieder ein, damit wir die Aussprache beginnen können. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Stamm. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In Bayern gibt es einen Beauftragten für die Pflege, es gibt einen Beauftragten für die Integration. Dieser ist gerade aufgewertet worden; das ist ganz in unserem Sinne. Es gibt auch eine Beauftragte für die Gleichstellung von Mann und Frau. Es gibt sogar eine Beauftragte für die Landesbank, wie ich vor Kurzem mitbekommen habe.

Für eine Gruppe aber gibt es nichts, null Komma null. In Bayern gibt es nicht einmal einen Ansprechpartner oder eine Ansprechpartnerin in der Staatsverwaltung. Beim Thema queere Lebensweisen verlassen wir uns ganz auf die Kommunen beziehungsweise auf die großen Städte oder auf das ehrenamtliche Engagement. Mal wieder. Vorbildlich hingegen sind die Städte München und Nürnberg. Das ist von Herrn Kollegen Huber auch lobend im Ausschuss erwähnt worden. In München gibt es eine große Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, und das ist auch gut so. Aber die kleinen Städte und die noch kleineren Orte haben gar nichts. Deswegen muss es auf staatlicher Seite eine Stelle geben, an die sich die kleineren Orte wenden können, wenn sie Fragen haben und wo sie Informationen abrufen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine solche Stelle wäre übrigens eine staatliche Aufgabe. Wir haben heute schon darüber geredet, was staatliche Aufgaben sind und was nicht. Wir haben beim Haushalt länger darüber diskutiert, was staatliche Aufgaben sind. Im Moment wird die staatliche Aufgabe wieder auf Kosten kommunaler Mittel erfüllt. Das haben Sie auch zugegeben. Sie haben gesagt, dass es in München und in Nürnberg solche Stellen gibt, und dass die Leute dann nach München oder nach Nürnberg fahren sollen.

Im Ausschuss sagte ein Vertreter des Sozialministeriums bei der Beratung des Antrags, Sexualität sei doch eine Privatsache, das gehe überhaupt niemanden etwas an. Dem kann ich erst einmal zustimmen, aber nur dann, wenn niemand aufgrund seiner Sexualität diskriminiert wird. Leider ist es aber sehr anders. Es gibt eine ganz frische Studie des Deutschen Jugendinstituts. Zum Glück gibt es endlich eine Studie, denn bisher war die Datenlage sehr mau. Dabei ist herausgekommen, dass knapp 55 % der Betroffenen sagen, sie seien beschimpft, beleidigt oder lächerlich gemacht worden. 34 % sagen immerhin, sie seien ausgegrenzt worden, weil sie schwul, lesbisch, bisexuell oder transsexuell seien. 12 % haben gesagt, ihnen sei Gewalt angedroht worden, ihnen seien Sachen weggenommen oder zerstört worden. Bei diesen Zahlen können Sie doch nicht sagen, Sexualität sei Privatsache.

Diese Aussage verfehlt auch den Kern des Problems. Die Selbstmordrate unter schwulen, lesbischen, trans- oder bisexuellen Kindern und Jugendlichen ist um ein Vielfaches höher als bei heterosexuellen Jugendlichen. Einer Studie zufolge ist sie sogar um das 14-fache höher. Je jünger die Jugendlichen oder die Kinder beim Coming-out sind, desto höher ist die Selbstmordrate. Der Hintergrund dessen ist eben die Stigmatisierung in der Familie oder auch in der Schule. Es geht hier also um Leben und Tod. Hören Sie deshalb bitte endlich auf, zu bagatellisieren. Es ist eine staatliche Aufgabe, Diskriminierungen abzubauen oder präventiv vorzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es stimmt: Queeres Leben wird heute auch auf dem Land in Bayern mehr akzeptiert. Die Landtags-CSU hinkt hier wieder einmal der Realität hinterher. Dabei war auf ihrem Parteitag zu hören, dass es zarte erste Versuche gibt, einen Arbeitskreis zu diesem Thema zu etablieren. Ich habe angeboten, gerne die Erfahrungen grüner Gleichstellungspolitik mit ganz langer Tradition einzubringen. Es ist aber unglaublich, wie Sie sich hier im Landtag in dieser Frage der Realität verweigern, wie Sie immer um das Thema kreisen in der Hoffnung, dass es dieses Thema vielleicht nicht mehr geben wird. Aber keine Sorge, queere Menschen sind ganz normal. Deswegen müssen wir auf staatlicher Seite alles dafür tun, dass sie auch normal behandelt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Stamm. - Der nächste Redner ist der Kollege Huber.

Thomas Huber (CSU): Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Frau Kollegin Stamm, mit Ihrem Antrag, den wir bereits im Sozialausschuss behandelt haben, fordern Sie die Staatsregierung auf, eine staatliche Koordinierungsstelle "Queer" einzurichten, die sich bayernweit für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt einsetzt und sämtlichen Formen der Homo- und Transphobie entgegenwirkt. Bei allem Verständnis für den von Ihnen wahrgenommenen und definierten Bedarf an zusätzlichen Beratungsangeboten bedarf es meines Erachtens keiner zusätzlichen landesweiten staatlichen Koordinierung. Ich möchte das auch gerne begründen.

In der Tat geht es, wie Sie schon gesagt haben, um den Schutz der persönlichsten und intimsten Lebensumstände. Es geht in der Tat um sexuelle Identität. Das ist meines Erachtens Privatsache, bei der sich der Staat so weit wie möglich – das heißt, nicht ganz, aber so weit wie möglich – heraushalten sollte. Ein gesetzlicher Eingriff ist nur geboten, wenn der Schutz betroffener Personen gefährdet ist.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Thomas Huber (CSU): Nein, bitte nicht. – Dieser Schutz gilt durch das Grundgesetz, das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und nach allen anderen in unserem Land geltenden Gesetzen bekanntlich für alle Menschen in unserem Land gleichermaßen, egal welche sexuelle Orientierung sie haben. Soweit der Staat tatsächlich fachlich gefordert ist, etwa wenn die Erfüllung von Straftatbeständen im Raum steht, existieren bereits jeweils spezielle Zuständigkeiten. Es gibt viele Zuständigkeiten über die einzelnen Ressorts hinweg. Beispielsweise sind aber das Innenministerium und die Justiz für die Verfolgung und Verurteilung von homophob orientierter Gewalt und entsprechenden Straftaten zuständig. Außerdem wird auch an unseren Schulen viel dafür getan, um die Schülerinnen und Schüler für die Achtung unterschiedlicher sexueller Ausrichtungen zu sensibilisieren. Dazu wurde auch die Richtlinie für die Familien- und Sexualerziehung an bayerischen Schulen geändert. Die in dem Antrag geforderte Sensibilisierung von Polizei- und Strafverfolgungsbehörden für homophob motivierte Delikte findet bereits seit Langem statt. Auch mit der soeben genannten Aufklärungsarbeit an den Schulen seitens des Kultusministeriums nimmt der Staat seine Aufgaben sehr ernsthaft wahr.

Außerdem möchte ich betonen, dass es sich gerade bei der Einforderung von Toleranz gegenüber den verschiedenen sexuellen Orientierungen um eine Querschnittsaufgabe handelt, die auf allen Ebenen und vor allem von allen Akteuren unserer Gesellschaft wahrgenommen werden muss. Ich spreche im Hinblick auf unser letztes Thema, die Barrierefreiheit, auch vom Abbau geistiger Barrieren. Hier spielen auch die Medien eine wichtige Rolle, die viele von ihnen seit Langem in verantwortungsvoller Weise wahrnehmen. Dafür möchte ich an dieser Stelle einmal Danke sagen. Das Lob muss auch einmal sein, wenn es einen Grund dafür gibt. Die Möglichkeit dazu wird uns vor allem aus Sicht eines CSU-Abgeordneten selten gegeben.

Sehr geehrte Kolleginnen, liebe Kollegen, für Fälle von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung ist – ich denke, das wissen Sie – bereits im Jahr 2006 eine ei-

gene Antidiskriminierungsstelle des Bundes in Berlin eingerichtet worden. Es ist eine zentrale Anlaufstelle, die man auch sehr gut online erreichen kann. Ich habe sie mir sehr ausführlich angeschaut und versucht, an sämtliche Links und Unterlagen zum Download für Schüler, Lehrer und Bildungspersonal allgemein zu kommen. Zu dem Beraterteam dieser Antidiskriminierungsstelle in Berlin gehört entsprechend qualifiziertes Personal, das Bürgerinnen und Bürger aus ganz Deutschland über ihre Rechte in einem Diskriminierungsfall informiert, aus welchen Gründen auch immer. Die Stelle zeigt ihnen Möglichkeiten auf, ob und wie sie ihre Rechte durchsetzen können, und hilft ihnen, wohnortnahe Expertinnen und Experten zu finden.

Das Staatsministerium für Arbeit und Soziales ist dort als zentraler Ansprechpartner für den Freistaat Bayern benannt und nimmt in diesem Sinne seine Beratungsfunktion wahr. Ein schneller und unbürokratischer Kontakt ist hierüber möglich. Das heißt nicht, dass wir uns verweigern, Frau Stamm. Wir kreisen auch nicht irgendwo herum. In Bayern gibt es eine Leitstelle für die Gleichstellung. Namentlich besetzt sie, wenn ich richtig informiert bin, Frau Dr. Hagen. Natürlich leitet diese Stelle nicht eine Beauftragte oder ein Beauftragter; aber es gibt eine Anlaufstelle, die die benötigte Beratungsfunktion übernimmt.

Der zusätzliche Aufbau einer landesweiten Koordinierungs- und Beratungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen erfordert nicht unerhebliche Mittel an Personal und Räumlichkeiten und ist meines Erachtens nicht angezeigt. Das ökonomische Argument zählt aber für mich nicht. Auf kommunaler Ebene gibt es bereits einige gute nichtstaatliche Beratungsstellen, beispielsweise die hervorragend ausgestattete und aufgestellte Beratungsstelle hier in München. Das ist auch gut so. Darüber haben wir im Sozialausschuss diskutiert.

Liebe Kollegin Stamm, eine Beratung vor Ort, kommunal- und bedarfsorientiert, ist mit Sicherheit für alle Betroffenen wesentlich besser als die Einrichtung einer staatlichen, zentralen Koordinationsstelle. Ich bin der Meinung, wenn trotz der Antidiskriminierungsstelle des Bundes in Berlin, trotz der Stelle im Sozialministerium zusätzlicher Be-

darf an verschiedenen Stellen in Bayern gegeben ist, dann sind die Großstädte in Bayern gefragt, dem guten Beispiel Münchens zu folgen.

Abschließend: Anders als der CSU eingangs vorgeworfen wurde, behaupte ich nicht, dass es in Bayern keine Homo- und Transphobie gibt. Schwarze Schafe gibt es überall auf der Welt, leider auch bei uns, Gott sei Dank aber weniger ausgeprägt als in anderen Ländern, dank der guten präventiven Arbeit in unseren Schulen und der Arbeit in unseren Beratungsstellen, die auch ohne staatliche Koordinierung untereinander vernetzt sind. Ich erwähne nur beispielhaft LeTRa e.V. und Sub e.V. Fragen Sie dort nach. Wir würden das Restrisiko aber nicht mit einer zusätzlichen Koordinierungsstelle in den Griff bekommen, sondern mit den von mir vorher genannten Maßnahmen.

Wir brauchen eine solche Koordinierungsstelle auch nicht für ein bayerisches Bekenntnis. Die Bayern sind, so wie ich sie kenne, tolerant. Der Freistaat bekennt sich zu sexueller Vielfalt und zur Akzeptanz queerer Lebensweisen und wirkt Homo- und Transphobie entgegen. Wir sehen keine Notwendigkeit für die Schaffung einer weiteren Koordinationsstelle. Wir müssen das Rad auch nicht neu erfinden und keine Doppelstrukturen aufbauen. Deswegen werden wir dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen, sondern ihn ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Huber. – Für eine Zwischenbemerkung hat sich die Frau Kollegin Stamm gemeldet. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Huber, ich weiß gar nicht so genau, wo ich anfangen soll; denn Ihr Redebeitrag hat in unglaublicher Weise vor Widersprüchen gestrotzt. Sie argumentieren: Wir brauchen keine Koordinierungsstelle auf Landesebene, weil die Kommunen die Arbeit besser machen – aber es gibt die Stelle in Berlin. Und Sie sagen: Wir brauchen keine Koordinierungsstelle, weil es das Grundgesetz gibt. – Dann frage ich mich: Warum haben wir dann einen Integrationsbeauftragten und eine Beauftragte für die Gleichstellung von Mann und Frau? Gilt hier das Grund-

gesetz nicht? Ich verstehe das einfach nicht. Das ist nicht logisch und nicht durchdacht.

Natürlich braucht es auf bayerischer Ebene jemanden für diese Aufgabe. Dann haben Sie gesagt: Es gibt ja schon die Gleichstellungsstelle im Sozialministerium. – Die ist aber nicht zuständig für Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender. Das hat zumindest der zuständige Vertreter des Sozialministeriums auf meine Frage ausdrücklich geantwortet. Ich habe gefragt: Gibt es einen Ansprechpartner oder eine Ansprechpartnerin in der Verwaltung für dieses Thema? – Dann hieß es: Nein. – So ist es im Protokoll nachzulesen. Das ist das eine.

Das andere ist: Sie reden die ganze Zeit davon, dass es nicht zusätzlich noch etwas brauche. Nein, zusätzlich will ich auch nichts mehr. Ich bin ja schon froh, dass Sie gesagt haben, das Hauptargument für Sie sei kein ökonomisches. Ich weiß nicht, warum Sie es dann angebracht haben. Es geht nämlich einfach um die Einhaltung von Grundrechten.

Abschließend weise ich Sie darauf hin, dass es einen massiven Druck auf Kinder und Jugendliche mit einer besonderen sexuellen Orientierung in der Schule gibt, bis hin zu einer massiv erhöhten Selbstmordrate. Ich frage mich, ob Sie das nicht endlich zu der Haltung bewegen müsste, dass auch in Bayern auf staatlicher Ebene etwas getan werden muss.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Stamm. – Herr Huber, bitte.

Thomas Huber (CSU): Frau Stamm, ich habe mich bemüht, die komplette Palette, angefangen beim Bund über das Land bis hin zu den Kommunen, darzustellen. Dabei habe ich aber offensichtlich aus Ihrer Sicht das Klassenziel nicht erreicht. Es gibt die Antidiskriminierungsstelle in Berlin. Es gibt das Sozialministerium in Bayern. Und es gibt letztendlich auch das Angebot in den Großstädten, beispielhaft in München. Ich

wiederhole mich: Ich sehe keine Notwendigkeit, hier einen Beauftragten zu benennen, wenn wir im Sozialministerium eine Anlaufstelle haben. Ich habe sie benannt; es ist die Leitstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Nehmen Sie mit Frau Dr. Hagen Kontakt auf. Sie hat nicht den Titel einer Beauftragten; aber es gibt diese Anlaufstelle. Sie ist auch in der Antidiskriminierungsstelle in Berlin als solche benannt. Lesen Sie das nach; das sind keine Widersprüche.

Sie haben den Integrationsbeauftragten erwähnt. Die Themen Integration und Inklusion kennen Sie genauso gut wie ich. Das sind übergreifende Themen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

- Na, Frau Stamm, bitte schön. Sie wollen es nicht kapieren. Dann brauche ich Ihnen auch nichts mehr zu erklären.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Huber. – Ich gebe bekannt, dass für diesen Antrag namentliche Abstimmung beantragt wurde. Unser nächster Redner ist der Kollege Förster. Bitte.

Dr. Linus Förster (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 18. Juli dieses Jahres wurde mit der "Augsburger Allgemeinen" die Beilage "Familienbunt", herausgegeben vom Familienbund der Katholiken im Bistum Augsburg, veröffentlicht. Sie erinnern sich, das war ein Thema hier im Hohen Haus. In dieser Beilage stand ein ganz eindeutig homophober Artikel, der unterstellte,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

dass Menschen, die Homosexualität akzeptieren, auch Inzest befürworten könnten. Aber nicht nur der Artikel war untragbar; die gesamte Publikation war darauf angelegt, in ganz verschiedenen Bereichen der Sozial- und Familienpolitik Positionen zu vertreten, die wir eigentlich nur von Menschen wie den sogenannten Besorgten Eltern und

Anhängern von AfD und Pegida zu hören bekommen. Trotzdem wurde die Beilage vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration gefördert.

(Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

Spätestens hier wird jedem deutlich, dass es bayernweit noch sehr viel zu tun gibt, wenn wir uns für Selbstbestimmung und die Akzeptanz sexueller Vielfalt einsetzen und sämtlichen Formen der Homo- und Transphobie entgegenwirken wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, ich unterstelle niemandem irgendetwas. Ich will nur anhand des genannten Beispiels zeigen, dass es Intoleranz gibt, dass dadurch Menschen diskriminiert werden, und das sogar in bei uns anerkannten gesellschaftlichen Organisationen, also nicht nur in der AfD und bei Pegida, die wir alle hier im Hohen Haus ablehnen.

Ich warne davor, dass diese Entwicklung partiell immer mehr menschenverachtende und teilweise volksverhetzende Bahnen zieht. Vor diesem Hintergrund halten wir Sozialdemokraten ebenso wie die GRÜNEN eine Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen für dringend notwendig, auch um die Kooperations- und Vernetzungsstrukturen zwischen Organisationen der queeren Community in Bayern aufzubauen und zu pflegen.

(Beifall bei der SPD)

Sowohl die kommunalen Beratungsstellen als auch die Beratungsstellen der vielen nichtstaatlichen Träger leisten hervorragende Arbeit. Dennoch halten wir eine landesweite Koordinierungsstelle für unbedingt erforderlich, da einige Aufgaben, zum Beispiel die Sensibilisierung der Polizei, nur der Staat wahrnehmen kann und die staatlichen Aktivitäten im Queer-Bereich einer Koordinierung bedürfen.

Herr Huber, Ihren Gegenargumenten kann ich nicht folgen. Sie haben gesagt, wenn sich eine Zuständigkeit des Staates ergebe, beispielsweise bei Straftatbeständen,

gebe es entsprechende Stellen im Justizministerium und im Innenministerium: das Kultusministerium nehme die Aufgabe der Sensibilisierung von Schülerinnen und Schülern wahr. Der Jugendbericht, auf den Frau Kollegin Stamm bereits Bezug genommen hat, besagt aber, dass die staatlichen Aktivitäten unzureichend sind. Wenn überhaupt sensibilisiert wird, dann meist nur für die Belange von Schwulen und Lesben. Transgender kommt in diesem Zusammenhang nicht vor; die Probleme dieser Menschen werden nirgends behandelt. Ich habe niemanden gefunden, der mir gesagt hat, dass er Transgender in der Klasse thematisiert hätte.

Herr Huber, Sie haben ferner auf die Angebote in kommunaler Hand verwiesen. Es freut mich sehr, dass Sie explizit München und Nürnberg hervorgehoben haben. Das sind nämlich rot geführte Städte. Die machen es richtig. Es wird schon einen Grund dafür geben, dass Sie auf diese beiden Städte verwiesen haben, Herr Huber. In der drittgrößten bayerischen Stadt Augsburg – dort ist übrigens ein CSU-ler Oberbürgermeister und jetzt auch stellvertretender Parteivorsitzender – gibt es eine solche Stelle schon nicht mehr. Aber Sie haben zu Recht gefordert, dass er sich ein Beispiel an den roten Städten nehmen solle.

Wenn Sie auf die Bundesstelle verweisen, dann entgegne ich: In diesem Hohen Hause wird so oft von Subsidiarität gesprochen. Vonseiten der CSU heißt es doch immer, Bayern solle dies machen und könne das machen; der Bund solle nur eingreifen, wenn Bayern versagt hat. Wenn Sie die Bundesstelle als optimal bezeichnen, dann ist das doch das Eingeständnis von Ihnen, dass die CSU insoweit versagt hat. Ihre Haltung zur Subsidiarität kann ich übrigens mit genügend Zitaten von Kollegen belegen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sprechen davon, dass die sexuelle Idi – – die sexuelle Identität privat sei.

(Zuruf von der CSU: Ein schwieriges Wort!)

– Ja, das ist schwierig. Das ist ein Thema, bei dem meine Emotionen hochkochen. Wir geben für so viele Vorhaben Geld aus – warum dann nicht für ein Vorhaben, das so wichtig ist? Wir dürfen junge Menschen, die auf der Suche nach ihrer Identität sind, nicht allein lassen. Es gibt zwar schon entsprechende Beratungsstellen in kommunaler Hand, aber diese brauchen noch viel mehr Unterstützung. Die Stellen, die es bereits gibt, und die, die – hoffentlich – noch geschaffen werden, bedürfen der Koordinierung.

Ich komme auf Ihre Auffassung zurück, das sei Privatsache. Das ist okay. Ich akzeptiere, wenn in der CSU und bei den FREIEN WÄHLERN das Familienmodell "Mutter – Vater – Kind" vorherrscht und dass Sie darauf Ihre Politik gründen. Ich kann daher auch akzeptieren, dass Sie zum Beispiel den Familienbund fördern – wir sind uns einig, dass die Broschüre, die er herausgegeben hat, nicht im Sinne des Ministeriums ist –, um Ihr Bild von Familie zu verbreiten. Ich verstehe allerdings nicht, warum Sie Minderheitenvorstellungen nicht fördern wollen. Gerade insoweit sind doch Aufklärung und Unterstützung dringend notwendig.

Die Frau Ministerin hat mir auf meine Anfrage geantwortet, dass nicht beabsichtigt sei, einen Leitfaden herauszubringen, und dass im Sinne der weiteren Unterstützung von Transgender, Lesben und Schwulen nichts geplant sei. Warum nicht? Warum beschränken Sie Aufklärung auf den Bereich des Mainstreams?

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Kollege.

Dr. Linus Förster (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie sich gegen Diskriminierung und für die Selbstbestimmung und die Akzeptanz sexueller Vielfalt einsetzen, dann geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie dem GRÜNEN-Antrag auf Einrichtung einer Beratungsstelle für queere Persönlichkeiten zu.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Förster. Bleiben Sie bitte noch. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Kollegen Freller. Bitte schön.

Karl Freller (CSU): Herr Kollege, ich nehme das Thema außerordentlich ernst. Der Antrag hat auch was; das will ich durchaus sagen.

Aber eines nehme ich auch ernst – dazu haben Sie nichts gesagt –: die Einstellung des Islam zur Homosexualität. Es würde mich schon interessieren, wie wir Ihrer Einschätzung nach diesem Problem begegnen wollen. In Saudi-Arabien wird Homosexualität nicht nur abgelehnt, sondern dort steht auf Homosexualität die Todesstrafe. Wie wollen Sie erfolgreich der Ablehnung von Homosexualität im Islam entgegentreten?

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Dr. Linus Förster (SPD): Herr Kollege Freller, da ich Sie seit vielen Jahren kenne, auch aus gemeinsamer Arbeit im Bereich der Jugendpolitik, fasse ich Ihre Frage so auf: Stimme ich Ihnen zu, dass es zusätzliche Aufgaben geben wird, die zusätzliche Kräfte binden werden, um Meinungen, die wir sicherlich nicht haben wollen, die aber in unsere Gesellschaft einströmen, zu begegnen? – Dass es diese zusätzlichen Aufgaben geben wird, will ich gar nicht leugnen. Daher brauchen wir erst recht jemanden, der die Koordinierung übernimmt. Deswegen danke ich Ihnen für Ihre Anregung, dieses Argument mit aufzunehmen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Dr. Förster. – Aber Sie müssen leider noch einmal nach vorn kommen. Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung, diesmal von Kollegin Stamm. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Herr Dr. Förster, es ist spannend, dass jedes Mal, wenn es um den Islam geht, ausgerechnet der CSU die Forderung nach Gleichstellung, Toleranz und Akzeptanz von Homosexualität einfällt.

(Zurufe von der CSU: Ha! Ha! Ha!)

Gleichzeitig verweigert die CSU in diesem Hohen Haus jedem Antrag, der der Gleichstellung von queeren Lebensweisen entsprechen würde, die Zustimmung. Das ist das eine.

Das Zweite ist: Ich sehe es so wie Sie; man muss das differenziert sehen. Angesichts anderer Wertvorstellungen gibt es sicherlich noch mehr Bedarf an einer queeren Koordinierungsstelle. Die CSU hat heute die Chance zuzustimmen. Kollege Freller hat das Argument schlechthin gebracht, warum wir diese Koordinierungsstelle brauchen. Vielen Dank, Herr Freller!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Dr. Förster, bitte.

Dr. Linus Förster (SPD): Liebe Kollegin Stamm, auch Sie haben sicherlich gehört, dass Herr Kollege Freller in seinen einleitenden Worten betont hat, dass er dieses Thema sehr ernst nehme und dass er ihm sehr wohl etwas abgewinnen könne. Eine historische Betrachtung zeigt, dass es für die CSU sicherlich nicht leicht gewesen ist, den einen oder anderen Schritt in diese Richtung zu gehen. Aber die CSU ist diese Schritte gegangen. Ich bin zuversichtlich, dass die Kolleginnen und Kollegen von der CSU genau dieses Argument für die Koordinierungsstelle vermisst haben, was sicherlich dazu führen wird, dass der eine oder andere Kollege dem Antrag der GRÜNEN zustimmen wird.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Dr. Förster. – Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Gottstein. Bitte schön.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte anders beginnen. Aber nach Ihren Ausführungen, lieber Kolle-

ge Dr. Förster, muss ich schon sagen: Dass Sie hier eine Lagerbildung vorgenommen und das Familienbild der CSU und der FREIEN WÄHLER als altmodisch bezeichnet haben – Sie sprachen von "Vater – Mutter – Kind" –, finde ich schwach.

(Dr. Linus Förster (SPD): Ich habe nicht "altmodisch" gesagt! Ich habe gesagt, dass ich das akzeptiere!)

– Ich kann nur für meine Fraktion, die der FREIEN WÄHLER, sprechen. Schauen Sie bitte nach, was Sie über unser Familienbild finden. Wir sprechen von "Familiensplitting", nicht von "Ehegattensplitting". Wir sagen: Familie ist dort, wo Kinder sind. – Das kann man in vielen unserer Publikationen nachlesen. Uns in eine Schublade zu stecken, finde ich nicht in Ordnung. Das ist durch Ihre Bemerkung leider geschehen. Aber wir brauchen hier kein Denken in Schubladen. Wenn das doch geschieht, dann finde ich das schade.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Antrag enthält wichtige, durchaus sinnvolle Forderungen. Ich möchte für die Fraktion der FREIEN WÄHLER klar feststellen: Es geht hier nicht darum, Lebensweisen moralisch zu bewerten. Wir sind als Gesetzgeber tätig. Natürlich kann jede Lebensform so gelebt werden, wie der Betroffene das wünscht. Der Staat hat sich insoweit nicht einzumischen.

Ich möchte ein Zweites anmerken: Es ist bedauerlich und erschreckend, feststellen zu müssen, welchen Anfeindungen manche Menschen und Gruppierungen im Jahr 2015 – wir haben fast das Jahr 2016 erreicht – in Deutschland, in Bayern immer noch ausgesetzt sind. In dieser Einschätzung sind wir uns sicherlich alle einig; das ist ein weiteres Argument gegen den Versuch von Herrn Dr. Förster, uns in eine Schublade zu stecken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich ist es auch Aufgabe der Politik, in einem bestimmten Prioritätengefüge sinnvolle Lösungen zu suchen. Auch wir sehen diese Koordinierungsstelle nicht in erster Priorität als sinnvoll an. Wir als FREIE WÄHLER sind für dezentrale Lösungen. Ich glaube, Kollege Huber hat vorher gut dargelegt, dass wir drei verschiedene Ebenen haben. Auch wir glauben nicht, dass eine weitere bürokratische Ebene nötig ist.

Wir sind der Meinung, dass es wesentlich wichtiger ist – diesbezüglich müssen wir über das Geld sprechen –, die Kommunen so auszustatten, dass sie auch in diesem Bereich ihre Beratungstätigkeit besser ausüben können. Wir glauben aber nicht, dass eine weitere bürokratische Stelle das richtige Mittel ist, weil unser Bayern letztendlich zu groß ist. Es handelt sich – der Begriff ist schon gefallen – eindeutig um eine Querschnittsaufgabe. Deshalb ist es unserer Meinung nach wesentlich sinnvoller, die entsprechenden Ministerien, vor allem im Bereich Kultus, und das Personal, die Lehrer usw. zu sensibilisieren.

Liebe Kollegin Stamm, Claudia, du weißt, wie sehr ich dich schätze. Ich finde es aber in dieser Diskussion nicht fair, mit der Selbstmordrate von Kindern und Jugendlichen letztlich so emotional zu argumentieren. Wenn wir von der Selbstmordrate von Kindern und Jugendlichen reden, dann müssen wir auch noch über ganz andere Sachen reden, zum Beispiel über Schuldruck, familiäre Verhältnisse usw. Hier speziell auf diese Gruppe zu fokussieren, ist falsch und entspricht auch nicht der Realität.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Christine Kamm (GRÜNE):
Doch, leider!)

Ich kenne die Zahlen anderer Bereiche. Deshalb erwarte ich auch den Einsatz für diese anderen Bereiche, bei diesen anderen Problemen, wo wir Kinder und Familien allein lassen. Dazu höre ich aber leider nicht so viel.

Das ist der Grund, warum wir meinen, dass man über Forderungen sicher sprechen kann. Der Lösungsansatz ist für uns aber verkehrt. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult, Frau Gottstein. Kollege Dr. Förster hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte schön.

Dr. Linus Förster (SPD): Frau Kollegin, ich wollte Sie etwas fragen. Ich war überzeugt davon, dass ich gesagt habe, dass Ihre Fraktion mehrheitlich dieses Familienbild vertritt. Ich habe nicht gesagt, dass dies in Ihrem Parteiprogramm steht. Deswegen wollte ich Sie fragen: Habe ich "mehrheitlich" gesagt? – Falls nein, tut es mir leid. Ich wollte nicht alle Mitgliedern der FREIEN WÄHLER in ein pauschales Familienbild unterstellen. Falls ja, falls ich "mehrheitlich" gesagt habe, wollte ich Sie fragen: Sehen Sie das nicht so? Stehen die FREIEN WÄHLER nicht mehrheitlich für dieses Familienbild?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die SPD wird auch nicht 100 : 0 hinter einem bestimmten Bild stehen!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Förster. – Frau Gottstein.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Ich habe davor gewarnt, in Schubladen einzuordnen. Das Familienbild der FREIEN WÄHLER, so wie die Fraktion es nach außen trägt, für das wir als Abgeordnete der FREIEN WÄHLER stehen, ist wie folgt definiert: Familie ist dort, wo Kinder sind. Dazu stehen wir. In verschiedenen Gesetzentwürfen usw. kann man überall nach Kleinigkeiten suchen. Das Familienbild ist: Familie ist dort, wo Kinder sind. Deswegen fordern wir zum Beispiel das Familiensplitting.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Gottstein. – Jetzt kommt Staatssekretär Hintersberger. Bitte schön.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist ernst, das Thema berührt

uns, und das Thema ist wichtig. Deshalb passen irgendwelche Schwarz-Weiß-Malereien oder hämische Schärfe überhaupt nicht zu diesem sensiblen Thema.

Grundsätzlich halte ich persönlich sexuelle Identität selbstverständlich für den intimsten, intimsten Bereich, den ein Mensch haben kann. Es geht um den Schutz dieses persönlichsten und intimsten Lebensbereiches. – Ist das so lächerlich, Herr Kollege Pfaffmann?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nein! Wissen Sie überhaupt, was wir besprochen haben?)

Lasst uns dieses wichtige Thema ernst nehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich meine es ernst. Deshalb verstehe ich Ihr komisches Lächeln überhaupt nicht.

(Beifall bei der CSU)

Dann hören wir eben auf. Dann lachen Sie ein Stück weit, und dann kommen Sie wieder zum Thema zurück.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Hintersberger, das Lächeln und das Lachen sind den Kolleginnen und Kollegen schon gestattet, sofern es den Redner nicht stört -

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): (Vom Redner nicht autorisiert) Das war mein erster Satz, lieber Kollege.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: -, und dies war jetzt nicht der Fall. – Bitte fahren Sie doch in Ihrer Rede fort.

(Zuruf von der CSU: Er darf schon noch sagen, was er will! – Weitere Zurufe von der CSU – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Meine Damen und Herren, liebe Frau Präsidentin, lassen Sie mich sagen: Es ist schon erstaunlich, dass

sich die Kollegen beim ersten Satz meiner Ausführungen in dieser Art und Weise verhalten. Punkt! Mehr sage ich nicht!

(Beifall bei der CSU)

Es ist erstaunlich. Das werde ich sagen dürfen.

(Inge Aures (SPD): Das hat doch mit Ihnen überhaupt nichts zu tun! Jetzt hören Sie mal wieder auf! – Weiterer Zuruf von der SPD: Reden Sie halt weiter! – Inge Aures (SPD): Wir hören Ihnen doch zu!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist selbstverständlich, dass wir seitens der Bayerischen Staatsregierung Anliegen und Belange von Bürgerinnen und Bürgern zu Fragen der sexuellen Orientierung sehr ernst nehmen. Es ist auch selbstverständlich, dass wir bestehenden Vorurteilen gegenüber homosexuellen, trans- und intersexuellen Mitbürgern entschieden entgegenwirken, und es ist ebenfalls selbstverständlich, dass wir jeglicher Form von Diskriminierung mit aller Kraft entgegentreten, diese bekämpfen und auch präventiv vorarbeiten.

Die von Ihnen geforderte Schaffung einer bürokratischen Koordinierungsstelle in Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, bringt keine Verbesserung. Sie schafft mehr Bürokratie. Sie schafft unnötige Doppelstrukturen und hat keinen Mehrwert. – Warum? – Die Aufgaben einer möglichen Koordinierungsstelle werden bereits jetzt je nach Fragestellung und Faktenlage in den jeweiligen zuständigen Ressorts – wir haben das Ressortprinzip – bearbeitet sowie auf kommunaler Ebene und in NGOs, in nichtstaatlichen Organisationen wahrgenommen. Hierzu ist gerade auch vom Kollegen Huber einiges gesagt worden.

Klar ist aber, dass auch Anfragen im Bereich Queer von der Leitstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern in meinem Hause, Frau Kollegin Stamm, bearbeitet, beantwortet und auch koordiniert werden. Dies ist so. Ich habe nachgefragt. Das ist

Tatsache. Deshalb gibt es für jede Fragestellung einen Ansprechpartner. Ich kann mich hier kurz fassen.

Darüber hinaus ist bereits gesagt worden, dass die Antidiskriminierungsstelle des Bundes den Opfern von Diskriminierung auch aufgrund der sexuellen Orientierung mit schneller und unbürokratischer Hilfe und Beratung in engem Verbund mit den sogenannten NGOs oder den sieben Beratungsstellen in München, in Nürnberg und in Kempten zur Seite steht.

Ich möchte einige wichtige Aspekte darstellen,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

von denen Sie meinen, dass sie nur in Form dieser Koordinierungsstelle aufgegriffen werden können. Ich nenne vier Aspekte.

Erstens. Zum Aufbau und der Pflege von Kooperations- und Vernetzungsstrukturen, liebe Kolleginnen und Kollegen, zwischen Organisationen der Queer Community in Bayern braucht es nach unserer Überzeugung keine Koordinierungsstelle. Die Vernetzung der Community ist ureigenste Aufgabe der verschiedenen Beratungsstellen der Community und läuft, wie gesagt, zum Beispiel mit LeTRa, mit Sub e. V. und mit den Beratungsstellen in München, in Nürnberg und in Kempten gut.

Zweitens. Zum Dialog von Politik und Verwaltung mit Vertretern und Vertreterinnen aus den verschiedenen Bereichen von Sport- bis zu Jugendverbänden habe ich vor Kurzem ein sehr intensives Gespräch mit dem Präsidium des Bayerischen Jugendrings, mit den Kirchen, mit verschiedenen Kultureinrichtungen sowie mit Migrantenorganisationen geführt. Das wird in den zuständigen Ministerien – dies wissen Sie – sehr genau und gut gemacht. Auch dafür braucht man keine eigene übergeordnete Koordinierungsstelle. Ich denke hier auch an die aktualisierten Richtlinien des Kultusministeriums für die Familien- und Sexualerziehung an den bayerischen Schulen.

Ein dritter Punkt. Die Träger der Jugendhilfe in Bayern stellen in Bezug auf den Beratungsfall speziell bei Kindern und Jugendlichen ein Angebot bereit. Bei den rund 180 Erziehungsstellen in Bayern können Kinder, Jugendliche, Eltern und Familien Beratung erhalten.

Zum vierten Aspekt gibt es eine ganz umfangreiche Palette der Staatsregierung. So decken das Innenministerium und das Justizministerium diverse weitere Aufgabenaspekte ab. Zwei möchte ich nennen, nämlich die Antigewalt- und Aufklärungsprogramme zur Akzeptanz queerer Lebensweisen, die sehr intensiv im Bereich der Polizei und der Strafverfolgungsbehörden für homophob motivierte Delikte und für Belange der Opfer sensibilisieren. Dies wird gemacht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Von daher sind wir der Überzeugung, dass eine Koordinierungsstelle in dieser Form keine Verbesserung, sondern Doppelstrukturen, mehr Bürokratie und keinen Mehrwert bringen wird. Wir nehmen die Anliegen und Belange gleichgeschlechtlicher Lebensweisen ausgesprochen ernst und handeln auch danach. Die Einrichtung einer eigenen Koordinierungsstelle als einer weiteren bürokratischen Einrichtung ist dazu jedoch definitiv nicht notwendig. Von daher bitte ich, den Antrag abzulehnen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatssekretär. Bitte bleiben Sie noch. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Stamm gemeldet.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, vorhin sind die beiden Organisationen LeTRa und Sub erwähnt worden. Ich bin mir nicht nur sicher, sondern ich weiß, sie würden es sehr begrüßen, wenn es auf staatlicher bayerischer Ebene eine Koordinierungsstelle gäbe. Ich bin mit ihnen oft im Gespräch, auch auf Podien usw.. Sie vermissen eine Koordinierungsstelle sehr und sagen, dass sie teilweise Menschen aus ganz Bayern beraten, weil sie die Aufgabe übernehmen müssen. So ist es in München, und so ist es in Nürnberg. Das ist das eine.

Zum anderen. Wenn Sie finden, dass das Thema so schwierig und so sensibel ist, dann richten Sie doch bitte eine Stelle ein, die koordinierend für Bayern wirkt. Da kann

man einfach noch einmal ganz groß appellieren. Ich würde mir eine Koordinierungsstelle wirklich wünschen, auch wenn Sie wahrscheinlich heute nicht mehr umzustimmen sind. Jetzt sind wir ja schon bei einem hochgezogenen Antrag. Vielleicht denken Sie in der Weihnachtspause ein bisschen nach und machen im neuen Jahr einen neuen Anlauf.

Ich möchte nur noch eine kleine Geschichte erzählen, was die angeblich vielen Initiativen der Staatsregierung anbelangt. Wir hatten in der letzten Legislaturperiode schon einmal eine Anfrage, und da hieß es: Das Kultusministerium macht ganz viel. In den Schulbüchern seien sogar Familien abgebildet, die anders sind. Ich habe da nachgefragt und hineingeschaut. Es waren aber keine Regenbogenfamilien, also keine gleichgeschlechtlichen Eltern, sondern es ging um Patchworkfamilien und um geschiedene Eltern, um nichts anderes. Von daher würde ich mir wirklich wünschen, wenn das Thema etwas sensibler, genauer und differenziert betrachtet wird.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Stamm. Herr Staatssekretär bitte.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Frau Kollegin Stamm, Sie werden es nicht glauben, aber ich nehme das mit. Zum einen werde ich sicher keine eigene Koordinierungsstelle empfehlen oder einrichten. Aber ich werde die einen oder anderen NGOs, die Sie kennen – es sind sieben und nicht nur die zwei oder drei in München – zu einem Gespräch in mein Haus einladen und diese Aspekte mit ihnen erörtern.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatssekretär. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung über den Antrag auf Drucksache 17/6817. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt die Ablehnung. Es ist namentliche Abstimmung über den Antrag beantragt. Die Urnen sind jetzt bereitgestellt. Sie haben fünf Minuten Zeit. Bitte schön.

Noch eine halbe Minute!

(Namentliche Abstimmung von 19.05 bis 19.10 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Saales ermittelt und anschließend bekannt gegeben. Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen, damit wir fortfahren können.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Interventionspreis bleibt auf niedrigem Niveau – Soforthilfe für die Milcherzeuger", Drucksache 17/7784, bekannt. Mit Ja haben gestimmt 63, mit Nein 86, Enthaltungen keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7 – Unruhe – Glocke der Präsidentin)